

Wolfsburger kritisieren: Zu wenig Geld für Schulen

Laut **RND-Umfrage**: Auch das Gesundheitswesen sollte finanziell mehr unterstützt werden

VON DENNIS NOBBE

Wolfsburg. In welche Bereiche der regionalen Infrastruktur wird genug investiert - und in welche zu wenig? Das ist eine Frage, die den Teilnehmenden des RND-Wahlkompasses gestellt wurde. Dabei handelt es sich um eine empirische, nicht repräsentative Befragung anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl. Die Wolfsburgerinnen und Wolfsburger sind sich einig: Besonders im Bereich der Schulen hapert es.

75 Prozent der 522 Teilnehmenden aus allen Altersgruppen sind der Meinung, dass in allgemeinbildende Schulen zu wenig investiert wird. 24 Prozent meinen, die Höhe der Investitionen sei richtig. Nur 1 Prozent gab an, dass zu viel in Schulen investiert werde.

Noch kritischer bewertet wird in Wolfsburg allerdings das Gesundheitswesen: 80 Prozent meinen, dass hier zu wenig Geld fließe. 19 Prozent halten die Investitionshöhe für richtig und nur 1 Prozent für zu hoch. Außerdem meinen 63 Prozent, dass mehr Geld in die Fernstrecken der Bahn gesteckt werden sollte. Mehr Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr



Symbolbild: In allgemeinbildende Schulen fließt zu wenig Geld, meinen die Wolfsburgerinnen und Wolfsburger.

FOTO: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH

wünschen sich 56 Prozent, 55 Prozent gaben Energie-Infrastruktur und 54 Prozent Wohn-

raum an.

Insgesamt gab es elf Punkte zur Infrastruktur in der Region,

die die Teilnehmenden in Sachen Investitionen beurteilen konnten. Auffällig dabei: Bei

nur einem Punkt meinen mehr Wolfsburgerinnen und Wolfsburger, dass zu viel statt zu wenig investiert werde: Dabei handelt es sich um Verkehrsflughäfen. Der mit 64 Prozent größte Teil gab an, dass die aktuelle Investitionshöhe genau richtig sei. 16 Prozent gaben „zu wenig“ an, 20 Prozent hingegen „zu viel“.

Doch irgendwoher müsste das Geld für zusätzliche Investitionen ja kommen. Auch hierzu konnten die Teilnehmenden Angaben beim Wahlkompass machen. Die Einführung einer Vermögenssteuer halten 59 Prozent für den richtigen Ansatz. Für das Aussetzen der Schuldenbremse sprachen sich 42 Prozent der Wolfsburgerinnen und Wolfsburger aus. 18 Prozent meinen, dass Zölle eingeführt beziehungsweise erhöht werden sollten.

Eine stärkere Besteuerung von Unternehmen befürworten 12 Prozent - und 3 Prozent halten in diesem Fall die Erhöhung allgemeiner Steuern - darunter die Einkommenssteuer - für richtig. 24 Prozent sind der Ansicht, dass gar keine der fünf Antwortmöglichkeiten eine sinnvolle Lösung herbeiführen könnte.

Wolfsburger wünschen sich mehr Geld für Jugendarbeit und Feuerwehr

Befragung anlässlich der Bundestagswahl - Wohin sollte Geld für bürgerschaftliches Engagement fließen?

VON DENNIS NOBBE

Wolfsburg. In den Kommunen fehlt es oft an Geld für unterschiedliche Projekte. Doch was wäre, wenn die Stadt oder Gemeinde eine Million Euro erhält, um damit bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen? So lautet eine Frage bei der empirischen, nicht repräsentativen Online-Befragung RND-Wahlkompass, bei der auch viele Wolfsburgerinnen und Wolfsburger mitgemacht haben. Die Mehrheit meint, dass der Geldsegen in die Jugendarbeit investiert werden sollte. Von den 522 Teilnehmenden aus Wolfsburg sind 60 Prozent für die zusätzliche finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit. Zu dieser gehören beispielsweise außerschulische Bildung, Sport und Spiel,

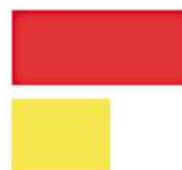
aber auch Beratung der Jugendlichen.

Mit 52 Prozent ganz knapp dahinter kommen Feuerwehr und Hilfsdienste, die von der hypothetischen Summe von einer Million Euro profitieren sollten. Bildungsinitiativen stehen mit 47 Prozent auf Platz drei. Dahinter kommen Projekte gegen Armut (37 Prozent), Sportvereine (33), Umweltschutzprojekte (26), Projekte gegen Extremismus (22), Tierschutz (20), Integrationsprojekte (17) und an letzter Stelle bei den Antwortmöglichkeiten Kunst und Kultur (10). „Nichts davon“ antworteten 3 Prozent.

Sortiert man die Antworten hingegen nach Altersgruppen, ergibt sich ein etwas anderes Bild. Die meisten junge Leute bis 29 Jahre gaben mit 69 Bildungs-

**BUNDES
TAGS
WAHL**

2025



Vorgezogene Bundestagswahl: Der Termin ist am 23. Februar 2025.

FOTO: DIRK REITMEISTER

initiativen ganz klar an oberster Stelle an. Feuerwehr und Hilfsdienste kommen mit großem Abstand und 46 Prozent auf Platz zwei, die Jugendarbeit

kommt mit 42 Prozent dahinter. 57 Prozent der 30- bis 49-Jährigen hingegen wählten die Jugendarbeit auf die oberste Position. Dahinter kommen mit 51

Prozent Feuerwehr und Hilfsdienste, gefolgt von Bildungsarbeit (46 Prozent).

Auch die meisten 50- bis 69-Jährigen meinen, das Geld sei bei der Jugendarbeit am besten investiert: 55 Prozent gaben dies an. Feuerwehr und Hilfsdienste sind dieser Altersgruppe ebenfalls wichtig, denn 54 Prozent würden die eine Million Euro in diesen Bereich investieren.

Die älteste Gruppe, die 70- bis über 80-Jährigen, wünscht sich mehr Geld für die jungen Menschen: 67 Prozent gaben die Jugendarbeit als Antwort an. Dahinter kommen Projekte gegen Armut (57 Prozent). Auffällig zudem: Mit 36 Prozent gab es von den 70- bis über 80-Jährigen prozentual gesehen die meisten Stimmen aller Gruppen für Projekte gegen Extremismus.